

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Strompreise verdreifacht – und werden doch unterschätzt

Die Strompreise für einen mittelständischen Industriebetrieb in Deutschland haben sich innerhalb von nur 18 Jahren fast verdreifacht. Die größten Preistreiber sind staatlich verordnete Zusatzkosten wie Stromsteuer und EEG-Umlage. Diese haben sich seit dem Jahr 2000 verfünfehnfach. Für die Stromrechnung eines Mittelständlers mit Verbrauch von fünf Gigawattstunden bedeutet das konkret: Im Jahr 2000 zahlte er noch 30.000 Euro staatlich verordneten Aufschlag auf den „Strompreis roh“, also die Netzentgelte und Beschaffungskosten. Heute sind es bereits 450.000 Euro.

Die Aufwärtsralley geht weiter, der Treiber wechselt

■ Bislang hat vor allem die Umlage für Strom aus erneuerbaren Energien, die EEG-Umlage, den Strompreis getrieben, während die reinen Strombeschaffungskosten und auch die Netzentgelte eher sanken. Mittlerweile ist die EEG-Umlage weitgehend stabil – allerdings auf Rekordniveau. Zugleich haben sich die Erzeugungspreise an der Strombörse binnen Jahresfrist von 3 auf 5 Cent pro Kilowattstunde (kWh) fast verdoppelt. Was auf den ersten Blick als kleiner Cent-Betrag daherkommt, geht am Ende in die Milliarden: Bezogen auf den nicht selbst erzeugten Stromverbrauch der deutschen Wirtschaft pro Jahr (ca. 270 Terawattstunden) bedeutet der Anstieg eine Mehrbelastung von rund 5,4 Milliarden Euro. Dies kommt aber erst im Zeitverlauf voll als Kostenbelastung zum Tragen, da sich viele Unternehmen längerfristig am Terminmarkt mit Strom eindecken. Schließt unser Mittelständler jetzt einen neuen Strombezugsvertrag ab, muss er mit Mehrkosten von 100.000 Euro im Vergleich zu 2017 rechnen.

Umbau der Stromerzeugung schlägt auf die Preise durch

■ Aus dem langfristigen europäischen Klimaziel für 2050 ergibt sich ein Umbau der Stromversorgung: Statt von Kohlekraftwerken soll der Strom zukünftig verstärkt von Windrädern und Solaranlagen erzeugt werden. Das zentrale Instrument für diesen Umbau ist der Emissionshandel. Über eine jährlich sinkende Höchstmenge legt er fest, wie viel CO₂ emittiert werden darf. Die Verknappung hat dazu geführt, dass der Preis innerhalb von nur eineinhalb Jahren von vier Euro pro Tonne auf 25 Euro gestiegen ist – auf mehr als das Sechsfache. Dies wiederum wirkt sich unmittelbar auf den Börsenstrompreis aus. Zudem rentiert sich der Betrieb alter Kohlekraftwerke bei einem solchen Preis vielfach nicht mehr, sodass sie abgeschaltet werden. Hinzu kommt: Deutschland steigt bis Ende 2022 komplett aus der Kernenergie aus. Weitere Preisreaktionen nach oben sind daher mehr als wahrscheinlich.

Die Wirtschaft entlasten

■ Insbesondere bei der energieintensiven Industrie schlagen diese steigenden Stromkosten voll auf die Wettbewerbsfähigkeit durch. Damit verliert der Standort Deutschland offensichtlich an Attraktivität für energieintensive Produktion – mit den entsprechenden Konsequenzen für Zulieferer und Kunden. Käme jetzt hierzulande noch ein vom Staat zusätzlich beschleunigter Kohleausstieg hinzu, würden die Preise noch schneller steigen und das Problem verschärfen. Eine Entlastung ist dann möglich, wenn die EEG-Umlage zu einem spürbaren Anteil mit mehreren Milliarden aus dem Staatshaushalt finanziert wird. Geld dafür ist jedenfalls vorhanden. Wie dies umgesetzt werden kann, hat der DIHK in einem [Positionspapier](#) zusammengefasst.